

Prof. Dr. Klaus Selle

Lokales Engagement konkret – Erkundungen, Berichte und erste Folgerungen

„Bürgerengagement“ ist ein Stichwort, das Vieles bezeichnen kann. Daher ist, wenn Engagement gefördert und Engagementpolitik betrieben werden sollen, Klärung vonnöten: Welches und wessen Engagement ist gemeint? Wer engagiert sich? Für was? Wo findet sich Engagement in der Stadt und wo nicht? Und natürlich: Soll und kann dieses Engagement gefördert werden – und wenn ja: wie?

Bevor nun aber groß angelegte empirische Untersuchungen, die zweifellos notwendig wären, wollte man die Frage nach der Vielfalt des Engagements vor Ort erschöpfend beantworten, in Gang gesetzt werden, schien es sinnvoll, erste Sondierungen vorzunehmen. Das geschah im Rahmen des Projekts „B2: Bürgerengagement und Bürgerorientierung“: Nach einem Werkstattgespräch, das der Klärung begrifflicher und methodischer Fragen diente (dazu mehr in Heft 2/08 S. 105 ff des vhw FW) wurden in drei Stadtteilen, die in unterschiedlichem Maße als „benachteiligt“ gelten müssen, durch drei Teams Erkundungen durchgeführt: Ihr Ziel war es, zu prüfen, wie es um das lokale Engagement der Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner in solchen Quartieren steht, in denen gemeinhin wenig „bürger-schaftliches Engagement“ vermutet wird.

Im Rahmen der laufenden Berichterstattung zu diesem Vorhaben soll hier nun dargestellt werden, wie es weiter ging: Ein auswertender Workshop wurde durchgeführt und der zweite Teil des vhw-Verbandstages 2008 war ebenfalls der Frage gewidmet, von welchem Engagement die Rede sein soll – zugleich aber wurde bereits die Brücke geschlagen zu jener Frage, die für die kommunale Praxis von großer Bedeutung ist: Wie kann und soll das Engagement gefördert werden, wie sind die Schnittstellen zwischen Politik, Verwaltungen, sozialen Einrichtungen und Initiativen sowie Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten?

Der Arbeitsprozess

Mit dem Verbandstag 2008 hat der vhw seine bereits vor einigen Jahren begonnene Neuausrichtung – „Vom Wohneigentum zum Bürger, von der objekt- zur akteurszentrierten Perspektive“ – vollzogen. Dieser Prozess wurde und wird begleitet von zahlreichen Fachdiskursen und Forschungsaktivitäten, die dazu beitragen sollen, der neuen Perspektive einen angemessenen

Fokus und ausreichende Tiefenschärfe zu geben. Einen Beitrag zu diesen Klärungsprozessen leistet das Projekt „Bürgerengagement und Bürgerorientierung“ (kurz „B2“ genannt), in dem es um lokales Engagement und die Ausrichtung kommunalen Handelns auf die Bürger geht. Drei Arbeitsstränge kennzeichnen die Struktur dieses auf zwei Jahre angelegten Projektes (vgl. Abb. 1):



Abb. 1: Die Arbeitsstränge im Projekt „Bürgerengagement und Bürgerorientierung“

Realitäten und Potenziale lokalen Engagements

Ausgehend von einem interdisziplinären Werkstattgespräch im Frühjahr 2007 wurden in drei Stadtteilen Sondierungen durchgeführt. Die Ergebnisse – drei „Topografien des Engagements“ – wurden im Sommer in einem weiteren Werkstattgespräch gemeinsam ausgewertet.

Bürgerorientierung – aus der Praxis für die Praxis

In diesem Arbeitsstrang wurde ein interkommunaler Erfahrungsaustausch durchgeführt, der ein doppeltes Ziel verfolgte: Es sollte

- innerhalb einer Kommune deutlich werden, wie breit tatsächlich die Bemühungen um Bürgerorientierung – im Blick über mehrere Handlungsfelder und Dezernate – angelegt sind, und wie es um die Bezüge untereinander sowie mögliche gemeinsame Weiterentwicklungen steht;
- das Lernen voneinander und damit die Bürgerorientierung über Gemeindegrenzen hinweg befördert werden. Wichtig war es dabei, nicht nur positive Erfahrungen und Erfolge zum Thema zu machen, sondern auch negative Erfahrungen, Schwierigkeiten und Restriktionen zu thematisieren.

Vermittlung, Erörterung

In diese inhaltlichen Arbeitsprozesse waren verschiedene Vermittlungsschritte – beginnend mit der Mitwirkung am Verbandstag 2006 über zwei „Herbsttagungen“, die jeweils einem der Schwerpunkte des B2-Projektes zugeordnet waren, bis zum Verbandtag 2008 – eingebettet.

Über die Ergebnisse der ersten Arbeitsschritte wurde in den Hefen 2 und 3/2008 des vhw-Forums berichtet. Inzwischen liegen weitere Ergebnisse vor. Was zum Thema „Bürgerengagement“ hinzu gekommen ist, soll im Folgenden kurz umrissen werden.

„Realitäten und Potenziale lokalen Engagements“ – drei Sondierungen, ein Workshop

Im Mittelpunkt des ersten „Arbeitsstranges“ im Projekt Bürgerengagement und Bürgerorientierung stand der Versuch, mehr über die Wirklichkeit des bürgerschaftlichen Engagements in Erfahrung zu bringen. Dabei war von Anfang an klar, dass dies eine methodisch wie inhaltlich anspruchsvolle Aufgabe war, die keinesfalls umfassend, also für die verschiedensten Formen und Inhalte des Engagements anzugehen ist. Mit Blick auf den Stand der Forschung erschien es besonders wichtig, die Betrachtung auf Quartiere zu konzentrieren, in denen gemeinhin wenig Engagement der lokalen Bevölkerung vermutet wird. Nach einem vorbereitenden Workshop wurden daraufhin in drei Quartieren (Aachen-Ost, Dortmund-Nordstadt, Hannover-Badenstedt) „Sondierungen“ durchgeführt. Die Ergebnisse liegen inzwischen vor. Über sie wurde in Kurzform im vhw-Forum H.4/208 S. 203ff. berichtet. Zugleich waren sie Gegenstand eines Auswertungsworkshops, auf dessen Ergebnisse hier zunächst eingegangen werden soll:

Auf die Frage, wie es denn um das lokale Engagement der Menschen in Stadtteilen steht, die – in unterschiedlichem Maße als benachteiligt anzusehen sind – haben die drei Sondierungen eindrucksvolle Antworten geben können. Alle Kommentatoren und auch die Teilnehmer der Werkstatt in Dortmund bestätigen das: Es lässt sich nun – zumindest für diese drei Quartiere – zeigen, wie vielfältig und intensiv das „Engagement vor Ort“ ist. Einige Stimmen:

- „Aachen-Ost ist ein Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf – ein Stadtgebiet, in dem überdurchschnittlich viele Arbeitslose, Ausländer und Arme wohnen, Menschen mit wenig Bildung, wenig Geld und wenig Perspektive. In diesem Stadtteil gibt es viel Engagement – sowohl von Aachen-Ost-Bewohnern, als auch von Menschen, die nicht im Stadtgebiet wohnen. Ihr Engagement ist sehr vielfältig: Es reicht von einfachen nachbarschaftlichen Hilfen über die gelegentliche Mitwirkung an gemeinschaftlichen Aktionen bis hin zur Schaffung und Aufrechterhaltung von Infrastrukturen“.
- „Uns wurde immer wieder gesagt, da werden Sie aber kaum etwas finden – aber diese Einschätzungen greifen zu kurz.“

□ „Von den sich im Stadtteil engagierenden Jugendlichen und Erwachsenen wissen wir, dass es sich vielfach um Menschen mit Migrationshintergrund und aus eher bildungsfernen Schichten handelt, in denen traditionelle Formen des Ehrenamts nicht unbedingt zum selbstverständlichen Handlungsrepertoire gehören(...) Unter den verschiedenen Migranten-Gruppen finden sich in den oftmals noch sehr ausgeprägten familiären und sozialen Netzwerken sehr selbstverständliche Formen der gegenseitigen Hilfe und Solidarität im Alltag, die aus der Sicht der Betroffenen nicht besonders erwähnenswert sein mögen („Es ist eine Art Austausch“).

□ „Trotz der großen Vielfalt, die zu entdecken war, haben wir ganz sicher Vieles nicht gesehen“. „Es gibt viel Engagement im ‚Nahbereich‘ der Menschen – darauf stößt man aber nur zufällig. Wer hier fündig werden will, muss wirklich in die Lebenswelten ‚eintauchen‘. Wenn wir da hätten weiterforschen können, wäre das Finden immer weiter gegangen“.

Ein Zwischenresümee lautete dann so: „Es lässt sich (...) konstatieren, dass der Engagementbegriff auf Quartiersebene ‚handhabbarer‘ geworden ist. Darüber hinaus ist das Engagement vielfältiger und zahlreicher vorhanden, als gemeinhin vermutet“.

Diese wenigen Zitate machen deutlich, dass manche Vorurteile, aber auch Erwartungen, die gemeinhin mit dem Stichwort „bürgerschaftliches Engagement“ verbunden werden, der Korrektur bedürfen. Insbesondere wurde auch deutlich, dass viele Arten des Engagements ein hohes Maß an „Eigensinn“ haben, sich also vorrangig auf die eigene Lebenswelt, deren Themen und Netzwerke beziehen. Daraus resultiert unter anderem auch die auf den ersten Blick befremdliche Beobachtung, dass in allen Studien einerseits viel Engagement beobachtet wurde, aber auch immer Stimmen lokaler Akteure zu hören waren, die sich über mangelndes Engagement beklagen. Tatsächlich erreichen viele traditionelle Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten die Menschen vor Ort nicht – das kann sowohl an den Inhalten, wie an den Formen, wie an den fehlenden Bezügen zu den jeweiligen sozialen Netzwerken liegen.

Insbesondere muss man zur Kenntnis nehmen, dass klassische Inhalte der Quartiers- und Stadtentwicklung (Umfeldgestaltung, Verkehrsfragen etc.) einer großen Mehrheit der Bevölkerung in den hier untersuchten Quartieren fern liegen. Ihre sozialen und inhaltlichen Schwerpunkte liegen woanders. Das schließt nicht aus, dass es Konfliktpunkte (etwa Gefährdung der Kinder durch Straßenverkehr) gibt, an denen sich Engagement entzündet. Auch weisen lokal Engagierte oft auf örtliche Missstände hin oder machen auf andere Weise Handlungsbedarf deutlich. Aber die gelegentlich zu hörenden Vorstellungen, man könne lokales Engagement zur Bewältigung öffentlicher Aufgaben einsetzen, erweist sich hier als schon im Ansatz verfehlt. Eine „Funktionalisierung“ von Engagement in diesem Sinne ist in vielen Bereichen, auch wenn es an Anreizen nicht fehlen sollte, kaum möglich.

Das heißt nun aber keinesfalls, dass die ermittelten „Realitäten und Potenziale lokalen Engagements“ für die Entwicklung in

Quartier und Stadt unerheblich seien. Das Gegenteil ist der Fall: Es trägt ganz wesentlich zur soziokulturellen Stabilisierung und Entwicklung der Stadtteile bei. Und: Es legt die Grundlage für weiteres Engagementpotenzial. Womit auf einen kreisförmigen Wirkungszusammenhang verwiesen wird: Soziale Einbindung ist zugleich Voraussetzung und Ziel vielen Engagements. So erwächst soziales Kapital aus lokalem Engagement und erzeugt zugleich neues. In Einzelfällen – besonders deutlich in den fast „dörflichen“ Strukturen des hannoverschen Untersuchungsgebietes – kann dies zu „Ehrenamtskarrieren“ führen (aus Selbsthilfe kann bürgerschaftliches Engagement, aus Vereinsengagement kann Mitwirkung in politischen Parteien, aus Planungsbeteiligung kann selbstorganisiertes Engagement werden etc.). Ansonsten ist es dieser „Mechanismus“, der das Interesse an Aktivitäten im eigenen sozialen Umfeld wach hält, ohne aber darüber hinaus weisen zu müssen. Zugleich kann hier eine Erklärung dafür gewonnen werden, dass bestimmte Personen und Gruppen (anscheinend) wenig oder gar nicht sozial engagiert sind: Ihnen fehlt es an der Einbindung. Persönliche Lebensumstände (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit etc.) und gesellschaftliche Marginalisierung haben sie isoliert. Und denjenigen unter ihnen, die aus dieser Isolierung ausbrechen möchten, fehlt es an niedrigschwelligen Zugängen.

Lebensweltnahe Angebote

Womit bereits auf ein zentrales Stichwort für die Suche nach Möglichkeiten, Engagement zu unterstützen und zu fördern, verwiesen ist: Lebensweltnahe, niedrigschwellige Angebote sind hier von besonderer Bedeutung. Nicht von ungefähr wurden im Umfeld entsprechender sozialer Einrichtungen in den Quartieren besondere Engagementpotenziale sichtbar. Hier werden zudem die häufig benötigten materiellen Ressourcen (insbesondere Räume) zur Verfügung gestellt. Im Umkehrschluss wird damit auch ersichtlich, welche Gefahren in der Kürzung finanzieller Mittel für solche Einrichtungen liegen können. Für bestimmte Formen des Engagements, insbesondere solche die über das engere soziale Umfeld hinausreichen, bedarf es darüber hinaus einer Anerkennungskultur, mit der die Wertschätzung für Engagement zum Ausdruck gebracht wird.

Einen Schwerpunkt der Diskussion bildete auch die „Bewertung“ des vorgefundenen Engagements. Dabei zeigte sich schon, dass es wenig sinnvoll (wenn nicht gar unmöglich) ist, nach „gutem“ und „schlechtem“ oder „richtigem“ bzw. „falschem“ Engagement zu unterscheiden (so auch bereits ein Ergebnis des Vorbereitungsworkshops).

Überschaubarkeit von sozialen Netzwerken

Zweifellos gibt es Formen, die im rabiatischen Vertreten eigener Interessen und Lebensvorstellungen jegliches „zivile“ Element vermissen lassen und selbstverständlich lassen sich auch politisch nicht tolerable Inhalte benennen. Auf der anderen Seite gibt es auch schwierige Übergangsbereiche von der ehrenamtlichen zur hauptberuflichen Tätigkeit (etwa im Sozial- und Gesundheitswesen), in denen gegebenenfalls Unterschiede deutlich

gemacht werden müssen. Aber diesseits solcher Grenzlinien sind wertende Unterscheidungen problematisch. Das wurde erneut, wie schon im ersten Werkstattgespräch, am Beispiel der „Offenheit“ der Engagementformen deutlich: Die häufig zu hörende Forderung, soziale Zusammenschlüsse dürften keine „closed shops“ werden, müssten für Dritte offen bleiben, passt nur in Ausschnitten zu den Wirklichkeiten lokalen Engagements: Selbstverständlich wird man von Kultur- oder Sportvereinen, die als gemeinnützig gelten und öffentliche Vergünstigungen in Anspruch nehmen wollen, eben diese Offenheit verlangen können. Viele andere Engagementformen leben aber von der Überschaubarkeit des sozialen Netzes, von der Kenntnis untereinander, vielfach auch vom wechselseitigen Vertrauen – und damit von der deutlichen Grenze zwischen Innen- und Außenwelt der Gruppen und Initiativen. Womit ein weiterer Punkt deutlich wird, an dem weit verbreitete Auffassungen über das, was bürgerschaftliches Engagement ist oder doch sein sollte, der Korrektur oder Differenzierung bedürfen.

Es wurden noch zahlreiche weitere solcher Punkte im Verlaufe des auswertenden Werkstattgesprächs benannt. Aber es würde den Rahmen an dieser Stelle sprengen, wollte man auf sie alle eingehen. Die meisten von ihnen werden jedoch im weiteren Verlauf des Projektes wieder aufgegriffen und vertieft behandelt, so dass sie später in der gebotenen Ausführlichkeit erläutert werden können.

Bürgergesellschaft konkret, Engagementpolitik praktisch – Beispiele und Erörterungen während des vhw-Verbandstages 2008

Während der erste Teil des vhw-Verbandstages 2008 in Berlin der Präsentation und konzeptionellen Erläuterung der Neuausrichtung der Verbandsarbeit (Leitbild Bürgergesellschaft) gewidmet war, ging es am zweiten Tag um die Frage, wie es denn um die Bürgergesellschaft konkret vor Ort steht und wie die Gestaltung der Schnittstellen zwischen staatlichem/kommunalen Handeln und bürgerschaftlichen Aktivitäten zu ziehen sind.

Erneut also stand die Frage am Anfang, wovon eigentlich die Rede ist, wenn die Stichworte „Bürgergesellschaft“ und „bürgerschaftliches Engagement“ aufgerufen werden. In diesem Fall wurde das Suchfeld aber weiter abgesteckt, als dies in der Sondierungsphase zuvor der Fall war: Vorgestellt wurden zu Beginn fünf Beispiele, die Schlaglichter auf die Breite des Spektrums bürgerschaftlichen Engagements werfen und damit den Hintergrund für die nachfolgende Podiumsdiskussion bilden sollten.

Bürgerbad Elsetal

Ein vor sieben Jahren in privat-öffentlicher Partnerschaft errichtetes Freibad sollte Anfang der neunziger Jahre aufgegeben und abgerissen werden. Bürgerprotest und das erste



Abb. 2: Bürgerbad Elsetal – Geschichte

kommunale Bürgerbegehren in Nordrhein-Westfalen führten zum Umdenken auf politischer Ebene. Man beschloss einen Erhalt des Bades, sofern sich ein privater Betreiber fände, der das baulich inzwischen marode Bad erneuert, es mit einem geringen Betriebskostenzuschuss (etwa 50.000 Euro/Jahr) betreibt und weitere hoch gesteckte Bedingungen erfüllt. Als kein Betreiber zu diesen Bedingungen zu finden war, gründeten Bürgerinnen und Bürger den „Förderverein Bürgerbad Elsetal e.V.“ und beschlossen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Ein Sanierungs- und Bewirtschaftungskonzept wurde erarbeitet,



Abb. 3: Bürgerbad Elsetal – Die Aktivisten und ihr Bad heute

eine „gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH“ gegründet und diese übernahm – trotz mancher Widerstände in Politik und Verwaltung – das alte Bad. Zwei Jahre wurde gebaut. Seit 1998 ist das rundum erneuerte Bad wieder geöffnet und wirtschaftet seither mit Erfolg und neuen Konzepten – mehr Menschen als je zuvor besuchen pro Saison das alte, neue Bad. Ein Sonderfall? Keinesfalls. In eben der gleichen Stadt wurde vor fünf Jahren ein „Bürger- und Kulturzentrum“ eröffnet – initiiert und betrieben von einer Bürgerstiftung. Womit bereits das nächste Beispiel angesprochen ist.

Rohrmeisterei Schwerte

2001 übernimmt die von Kulturvereinen, Unternehmen und Einzelpersonen gegründete „Bürgerstiftung Rohrmeisterei“ die ehemalige, 1856 errichtete Pumpstation in Erbpacht (von der Stadt Schwerte) und baut sie für 4,2 Mio Euro mit Unterstützung des Landes um. 1,3 Mio Euro mussten als Eigenanteil von der Stiftung selbst gesammelt werden. Seit 2003 ist die Rohrmeisterei in vollem Betrieb – mit einem breit gefächerten Kulturprogramm, das 300 Veranstaltungen mit jährlich ca. 90.000 Besuchern umfasst. Diese Aktivitäten werden zum Teil durch die Erträge der Gastronomie im Hause querfinanziert. Ein Bürgerpark im Umfeld der Stiftung ist in Vorbereitung. In der Internet-Präsentation der Rohrmeisterei heißt es u.a.: „Die Stiftung zu gründen, den Umbau zu schultern, die heutige Projektvielfalt zu finanzieren (...) – all dies war und ist nur möglich, weil viele Menschen das Projekt tragen und beflügeln. Sinnbild dafür ist unser Logo, der Schmetterling – gleichzeitig steht er für die Vielfalt junger, kraftvoller, aber auch feinfühler Vorhaben, die durch Spenden, ehrenamtliches Engagement und Erträge aus dem Geschäftsbetrieb ermöglicht wurden und auch in Zukunft ermöglicht werden sollen.“ (www.rohrmeisterei-schwerte.de/gutes_erleben_tun/buergerstiftung.html).

Montag Stiftungen (insbes. die Montag Stiftung Urbane Räume)

Die Gruppe umfasst insgesamt vier Stiftungen, deren Vermögen aus Anteilen an Immobiliengesellschaften des Stifters (Carl Richard Montag) hervorgeht und die ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen: „Die Gesamtkonzeption aller Stiftungen wird gekennzeichnet durch ein Denken und Handeln als gesellschaftliche Mitverantwortung. (...) Menschen sollen zur Teilnahme motiviert werden, um mit eigenen Aktivitäten zur Entwicklung des Gemeinwohls beizutragen.“ (<http://www.montag-stiftungen.com>). Die Montag Stiftung Urbane Räume verfolgt das Ziel, „anhand konkreter Projekte aufzuzeigen, dass konsequentes, an höchster baukultureller Qualität orientiertes Bau- und Planungshandeln die Basis für lebendige und lebenswerte Stadtlandschaften ist“ (ebd.). Prof. Thomas Sieverts, den wir im Vorfeld der Tagung um eine Stellungnahme gebeten hatten, würdigt die Arbeit der Stiftung so: Die Stiftung Urbane Räume „wird mit eigenen Ideen und Programmen dort tätig, wo ein ‚umsetzungsorientierter‘ Träger bereit ist, sich neuen Ideen zu öffnen“. Ein Beispiel: „Zusammen mit der Stiftung ‚Jugend und Gesellschaft‘ und der Stadt Köln hat die Stiftung ‚Urbane Räume‘ bahnbrechende Ideen für einen pädagogischen und baulichen Verbund unterschiedlicher Schulen (...) im Zentrum von Köln entwickelt. Die Arbeit dieser Stiftung ist so bedeutsam, weil sie aus in jeder Hinsicht unabhängigem bürgerschaftlichen Engagement auf die (...) nachhaltige Verbesserung der Praxis ausgerichtet ist“. Frauke Burgdorff, Vorstandsmitglied der Stiftung Urbane Räume, erläuterte am Kölner Beispiel eindrucksvoll Arbeitsweise und Selbstverständnis der Stiftungen.

Kindertagesstätte und Familienzentrum „Mittendrin“

Im Rahmen der Recherchen zum lokalen Engagement in Aachen Ost wurde Britta Rösener (die diese Untersuchung durchführte) auf eine Kindertagesstätte aufmerksam, die in besonderer Weise als „Infrastruktur des Engagements“ wirkt und dem entspricht, was oben als „niedrigschwelliges“ Untertütungsangebot bezeichnet wurde. In einer Laudatio zum Deutschen Präventionspreis, eine der Auszeichnungen, die die Kita inzwischen erhielt, heißt es: „Eine herausragende Stärke der Kindertagesstätte liegt in ihrer interkulturellen Sensibilität und Offenheit. Chancengleichheit und Demokratie sind Schlüsselbegriffe. (...) Der Elternbeteiligung kommt dementsprechend ein hoher Stellenwert zu.“ (Prof. Dr. Klaus Roth). Eine ehrenamtliche Mitarbeiterin ergänzte in der Vorabumfrage zur Tagung: „Die Kita hat eine Art Türöffnerfunktion für die Eltern. (...) Wichtig ist, sie immer und immer wieder miteinzubeziehen. Das wird von den Eltern auch gut angenommen“. Nassim Navvabi, Leiterin der Einrichtung, erläutert Ihr Aufgabenverständnis und ihre Arbeitsweisen in einem Auszug aus dem Berliner Gespräch (s. Kasten).

Brücken bauen

In der Dortmunder Nordstadt, einem traditionellen Einwandererstadtteil, in dem heute 57% der Bewohnerschaft einen „Migrationshintergrund“ haben, ist Selma Kurtoglu tätig. Sie leitet und gestaltet dort das Projekt „Brücken bauen“. Im Berliner Gespräch beschrieb sie ihre Arbeit unter anderem so: „Enge räumliche Wohnverhältnisse bergen hohe Konfliktpotenziale. Wir zeigen in solchen Fällen Möglichkeiten zum sinnvollen Umgang und friedlichen nachbarschaftlichen Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft auf. Wir sorgen dafür, dass Konflikte und Interessenunterschiede nicht eskalieren.“ In diesem Zusammenhang würden auch Grundlagen und Ansatzpunkte für Engagement vor Ort geschaffen, denn „viele Menschen haben den Wunsch, etwas Sinnvolles zu tun, die eigenen Fähigkeiten, Erfahrungen und Kenntnisse einzusetzen und dabei Neues zu lernen. Die einen möchten den Anschluss an die Gemeinschaft aufrechterhalten, andere sehen die Chance zur Übernahme von Verantwortung und aktiven Mitgestaltung ihrer Wohn- und Lebensumwelt.“

Auf die Präsentationen und Gespräche folgte eine Podiumsdiskussion, die das Gesehene und Gehörte auswerten, kommentieren und in Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit „verdichten“ sollte.

An der Diskussion nahmen Fachleute aus verschiedenen Handlungsfeldern teil:

Reinhart Chr. Bartholomäi (vhw),
 Dr. Konrad Hummel (kommunale Perspektive),
 Hendrik Jellema (öffentliches Wohnungsunternehmen),
 Joachim Boll (Berater bürgerschaftlich initiierten Projekte),
 Britta Rösener (Bürgerstiftung)

– sowie die Berichterstatte(r)innen zu drei Beispielen:
 Nassim Navvabi (Kita Mittendrin, Aachen-Ost),
 Selma Kurtoglu (Brücken bauen, Dortmund-Nordstadt) und
 Frauke Burgdorff (Montag Stiftung Urbane Räume).

Vier zentrale Ergebnisse dieser Diskussionsrunde seien an dieser Stelle festgehalten:

Das Spektrum des Engagements ist noch ungleich vielfältiger – als es anhand dieser fünf Beispiele gezeigt werden konnte.

Bürgerinitiativen und begehren, soziales Unternehmertum, Bürgerstiftungen, gemeinnützige Privatstiftungen, soziale Einrichtungen als Infrastruktur des Engagements, Projekte die das gedeihliche Miteinander fördern... – alles das sind Ausdrucksformen von und Anstiftungen zu lokalem Engagement. Aber das ist noch längst nicht alles. Auf diese Feststellung konnten sich die Diskussionsteilnehmer sofort verständigen. Das Spektrum, das der vhw mit dem Stichwort „Engagementpolitik“ anspreche sei noch deutlich breiter. Zu nennen seien etwa noch:

- ❑ institutionelle Formen der politischen Partizipation (Ausländerbeiräte etc, Parteien, Gemeindepolitik),
- ❑ Mieterbeiräte in Wohnungsunternehmen,
- ❑ Vereine (von den Sport- bis zu den Karnevalsvereinen),
- ❑ Verbände (etwa aus dem Bereich Umwelt- und Naturschutz),
- ❑ Selbsthilfegruppen (vor allem im gesundheitlichen/sozialen Bereich)
- ❑ und immer wieder: die „unsichtbaren“ Formen des Engagements (z.B. in der Nachbarschaft, innerhalb sozialer Verbände).

Vor „blinden Flecken“ wird gewarnt

Die Skizze der Vielfalt von Engagementformen und -inhalten mache auch deutlich – das wurde von mehreren Seiten unterstrichen –, dass in den verschiedenen Diskussionszusammenhängen häufig nur ein enger Ausschnitt als Referenz diene und wichtige Teile des Engagementspektrums unberücksichtigt blieben. Das gelte in den Diskussionen zur Stadtentwicklung z.B. für die Vernachlässigung des Vereinswesens. Dabei sei dies – etwa im Bereich der Sportvereine – von großer Wichtigkeit, wenn es darum gehe, Kinder und Jugendliche zu erreichen. Auch das von Außen nur schwer wahrnehmbare soziale Engagement in bestimmten Kulturen und Milieus bedürfe der Beachtung, stelle aber auch besondere Anforderungen an jene, die sich ihm nähern wollen. Festzuhalten bleibe aber, dass verschiedene „Ebenen“ und „Arten“ von Engagement zu unterscheiden seien und einer Verengung des Blicks entgegenzuwirken sei.

Auch bei der Unterstützung differenzieren

Auf die Frage, ob es Kriterien dafür gibt, welches Engagement der öffentlichen Unterstützung bedürfe oder in welchen Fällen öffentliche Leistungen gerechtfertigt seien, waren eindeutige

Antworten schwierig. Es zeigt sich, dass hier deutlicher Differenzierungs- und wohl auch noch einiger Klärungsbedarf besteht: Was ist „Privatsache“? Welches Engagement deckt sich mit einem öffentlichen Interesse? Und: Welche Leistung (der öffentlichen Hand) steht in einem angemessenen Verhältnis zur Gegenleistung (der Bürgerinnen und Bürger)? Aus der Sicht eines Wohnungsunternehmens kann sich die Lage vergleichsweise einfach darstellen, in dem etwa gefragt wird, ob das unterstützende Engagement eine gewisse Stabilität aufweist – und für das Unternehmen von Nutzen ist. Ähnlich muss auch – aus der Sicht öffentlicher Akteure – dort gefragt werden, wo konkrete Projekte (mit größerem Investitionsbedarf) unterstützt werden sollen. Hier ist wohl auch eine gewisse Professionalität in der Projektentwicklung und im späteren Betrieb der Vorhaben unerlässlich. In beiden Fällen erweist sich aber wieder die Frage nach der Offenheit der initiativen Gruppen als wesentlich. Eine pragmatische Antwort in diesem Zusammenhang lautete: „So geschlossen und gefestigt wie notwendig, so offen wie möglich“.

Aber wie verhält es sich mit den vielen temporären Aktivitäten oder jenen, die auf einzelne Gruppen und soziale Netze beschränkt sind? Hier sind direkte Austauschbeziehungen zwischen Staat/Kommune und gesellschaftlichen Gruppen vielfach nicht möglich – wenn sie denn überhaupt wünschbar wären. Um aber überhaupt solche Potenziale, insbesondere in sozial problematischen Umfeldern, entstehen zu lassen, kommt wieder die niedrighschwellige „Infrastruktur des Engagements“, kommen soziale Einrichtungen vor Ort ins Spiel. Dabei wurde mehrfach unterstrichen, wie wichtig es sei, mit dieser Form der Förderung sozialen Handelns bereits in der Jugend zu beginnen.

Verändern, Qualifizieren, Lernen

Blieb abschließend die Frage zu stellen, wie denn Unterstützung gestaltet werden müsste und welche Voraussetzungen zu schaffen seien, damit Engagementförderung wirksam werden könnte. Dabei wurde schnell klar, dass sich sowohl Strukturen (der involvierten Institutionen) wie Arbeitsweisen (aller Beteiligten) ändern müssten. Von ganz zentraler Bedeutung aber sei die Qualifizierung der Fachleute, denn „die Kita-Leiterin lernt nicht, wie man Engagement fördert und auch nicht der Wohnungswirt“ – um nur zwei Beispiele zu nennen. Im Gespräch wurde deutlich, dass es hier um mehr geht als um den Erwerb methodisch-instrumentellen Wissens: Gefordert ist ein grundsätzlich anderes Rollenverständnis von den Fachleuten, die lernen müssen, ihre Fachkenntnisse in „heterogenen Umgebungen“ zur Verfügung zu stellen und „auf Augenhöhe mit allen Beteiligten“ zu kommunizieren.

Dass diese Qualifizierung aber nicht nur eine individuelle Aufgabe sei, sondern sich auf die gesamte örtliche Gesellschaft und ihre Institutionen beziehen müsse, wurde in der Folge sowohl aus dem Publikum wie durch Podiumsbeiträge unterstrichen. Es komme, so hieß es, darauf an, wechselseitige Vorurteile zu überwinden („Wie man in den Wald ruft, so schallt es heraus“),

aufeinander zuzugehen und Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu entwickeln. Das ist, auch dies wurde deutlich, oft leichter gesagt als getan. Und insofern bleibt es eine wichtige Aufgabe, die alltäglichen Widrigkeiten nicht aus dem Blick zu verlieren.

Die auf dem Verbandstag begonnenen Diskussionen insbesondere zur Gestaltung der „Schnittstellen“ zwischen lokalem Engagement, örtlichen Einrichtungen, öffentlicher Verwaltung und Politik werden fortgesetzt – unter anderem im Rahmen der Herbsttagung in Hannover, über deren Ergebnisse demnächst an dieser Stelle zu berichten sein wird.

Prof. Dr. Klaus Selle

Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung, RWTH Aachen

Der Text entstand unter Mitwirkung von Britta Rösener und Stephanie Küppers.

Die Kindertagesstätte „Mittendrin“ in Aachen Ost

(Auszug aus dem Gespräch zwischen Nassim Navvabi, Leiterin der Kita Mittendrin und dem Moderator, Klaus Selle während des vhw-Verbandstages 2008)

Frage: Frau Navvabi, Sie leiten eine Kindertagesstätte in einem Soziale-Stadt-Quartier. Welche Bezüge gibt es zwischen Ihrer Arbeit und dem Engagement der Menschen vor Ort?

Nassim Navvabi: Wir begleiten die Kinder ein wichtiges und prägendes Stück auf ihrem Lebensweg. Gelebte Demokratie ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die wir in unserer Einrichtung zu verwirklichen suchen. Wir versuchen diesem Ziel näher zu kommen mit der Partizipation von Kindern und Eltern im Kitaalltag. Das bedeutet: sich einsetzen, Meinung kundgeben, Bedürfnisse äußern, aber auch Verantwortung übernehmen. Die Kinder engagieren sich für sich selbst, ihre Kita und andere Menschen

Frage: Wenn Sie davon sprechen, dass in ihrer Kindertagesstätte die Kinder schon früh an demokratisches Verhalten herangeführt werden: Was heißt das praktisch?

Nassim Navvabi: Die Kinder erfahren Demokratie über Vorbilder – über das Team und die Eltern, deren aktive Präsenz in der Einrichtung sie ganz selbstverständlich erleben. Wir streben an einen Grundstein zu legen für ein Verständnis und Verinnerlichen demokratischer Prinzipien. Die Kinder werden häufig nach ihrer Meinung befragt, sie erfahren Wahlmöglichkeiten: wo möchtest du sein, was möchtest du tun? Sie werden angehört und ernst genommen. Sie können kritisch nachfragen und ihren Widerwillen äußern, es wird verhandelt. Schon die Planung des Tages findet – im Rahmen der Kinderkonferenz im Morgenkreis – gemeinsam zwischen Kindern und Erzieherinnen statt, die Kinder wählen z.B. ihre

Freispielaktivität aus oder entscheiden sich für ein Amt, das sie übernehmen möchten.

Frage: Ihre Tätigkeit ist aber nicht nur auf die Kinder ausgerichtet. Sie beziehen auch die Eltern mit ein. Wie haben wir uns das vorzustellen? Und: Welche Wirkung hat das auf die Eltern?

Nassim Navvabi: Die Eltern engagieren sich für das Wohl ihrer Kinder und ihrer Familien durch aktive Beteiligung im Alltagsleben und bei Aktionen der Kita. Die Eltern zeigen Präsenz in der Kita, werden aktiv, setzen sich ein. Sie bekommen Einblick in den Kita-Alltag und die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen, lernen ihre Kinder einmal von einer anderen Seite kennen, kommunizieren eventuell „neu“ mit ihnen. Sie lernen andere Eltern kennen, Schwellen- und Berührungspunkten wird entgegengewirkt. Praktische Fähigkeiten werden angewandt, manchmal auch erlernt. Indem die Familien die Stadt und ihre Umgebung besser kennenlernen, vergrößert sich ihr Wissen über die vorhandenen Strukturen und Möglichkeiten. Ziel ist u.a. eine Zunahme ihrer Kompetenz, sich autonom zurecht zu finden bzw. zu bewegen, eigene Interessen zu verwirklichen und selbstverständlich am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Kinder erleben ihre Eltern interessiert an gemeinsamen Aktionen mit ihnen und engagiert für ihr Wohlbefinden. Die Eltern machen Erfahrungen zu ihren eigenen Möglichkeiten der Einflussnahme im gesellschaftlichen Alltag und bei verschiedenen Problemstellungen und dass der eigene aktive Einsatz unerlässlich ist, um Lebensqualität zu schaffen und negative Entwicklungen abzuwenden.

Frage: Ihre Einrichtung fördert aber nicht nur Voraussetzungen für soziales Handeln und lokales Engagement, sie wird auch vom Engagement vieler Menschen getragen. Da sind zunächst Sie und Ihr Team zu nennen, aber darüber hinaus binden Sie auch ehrenamtlich Tätige ein.

Nassim Navvabi: Ja, die Bürger des Stadtteils und aus Aachen engagieren sich für unsere Kinder – etwa im Rahmen freiwilliger sozialer Arbeit. Eine ehrenamtliche Mitarbeiterin kocht einmal in der Woche mit den Kindern, schreibt Geschichten auf, die wir den Kindern als kleines Büchlein zum Abschied von der Kindertagesstätte schenken und berät die Eltern bei der Schulauswahl für ihr Kind. Andere betreuen die Fußball AG oder übernehmen eine Patenschaft für das Aquarium. Das Engagement von Bürgern in unserer Einrichtung bedeutet Gewinn für alle Beteiligten, für die Kinder, die Einrichtung – aber auch, wir hören es immer wieder von ihnen, auch für die freiwillig Aktiven. Nicht zuletzt sind Spenden und Sponsoring zu erwähnen: Von Einzelpersonen und Wohltätigkeitsvereinen – z. B. Sach- und Geldspenden, Übernahme der Patenschaft für die Essensbeiträge eines Kindes und andere finanzielle Hilfen. Angesichts der heutigen finanziell engen Situation in den meisten sozialen Einrichtungen ist das eine immens wichtige Unterstützung, die nicht selbstverständlich und sehr zu würdigen ist. Unser ganzheitliches Konzept erfordert Qualität

in der Raumausstattung, die Anschaffung von Materialien, die Fortbildung unserer Mitarbeiterinnen, dies alles ließe sich ohne die Hilfe unserer Sponsoren in dem erforderlichen Umfang nicht verwirklichen.

Frage: Für unsere Diskussion hier und die Arbeit des vhw ist auch die Frage wichtig, wie die Tätigkeit einer Einrichtung, die sowohl vom Engagement getragen ist wie auch Voraussetzungen für Engagement schafft, unterstützt werden kann. Was könnte „Engagementpolitik“ in Ihrem Zusammenhang konkret heißen?

Nassim Navvabi: Lassen sie mich mit einem Beispiel beginnen. Wir haben eine Zukunftswerkstatt durchgeführt. Kinder und Eltern beteiligten sich mit Fantasie, Freude aber auch Ernsthaftigkeit daran. Ihre Energie floss in die Reflektion ihrer räumlichen Umgebung und in kreative Ideen zu deren Verschönerung und Verbesserung. Leider können wir nicht wahrnehmen, dass die Ergebnisse dieses Projektes im Nachhinein in der Stadtteilgestaltung maßgeblich berücksichtigt wurden, so dass sich für uns die Frage gestellt, ob sie nur ein Alibi-Aktivismus war. Hier wünschen wir uns mehr Unterstützung in Form der Umsetzung von Vorschlägen und des Eingehens auf Kritik, sichtbare Zeichen für die Kinder und Eltern, etwas bewirkt zu haben. Eine spätere Zusammenkunft der Beteiligten im Sinne von Evaluation des Projektes wäre unserer Ansicht nach angebracht gewesen. Darüber hinaus wünschen wir uns auch Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit und Motivation der Bürger zu mehr Engagement und Initiative. Als Einrichtung, die Basisarbeit bei Bürgern der Stadt Aachen leistet, ist uns die Schwierigkeit, bestimmte Bevölkerungsgruppen zu erreichen und zu „bewegen“, sehr bewusst. Trotzdem: Traumziel wäre eine Art Corporate Identity der Stadt Aachen zur Steigerung der Lebensqualität, mit der sich die hier lebenden Menschen selbstverständlich und bewusst identifizieren und für die sie sich einsetzen, eine vernetzte Zusammenarbeit von Institutionen und engagierten Bürgern, die Kreise zieht. Um Menschen in benachteiligten Stadtteilen zu erreichen, muss man ihnen in ihrem Alltag nahe kommen, ihr Vertrauen gewinnen, sie neugierig machen, ihnen den Sinn aktiver Beteiligung vermitteln. Dieses lässt sich unserer Meinung nach am ehesten durch Kontakte „auf Augenhöhe“ verwirklichen. Eine Betreuung der Stadtteile durch Streetworker, denen freiwillig Türen zur Lebenswelt ihrer Bewohner geöffnet werden, wäre eine Methode, von deren Umsetzung wir uns positive Entwicklungen versprechen. Absolut interessant für uns ist jedoch auch die Beteiligung von Bürgern, deren künstlerisches Können oder andere Kompetenzen bisher nur im privaten Rahmen zum Tragen kommt. Auch zu deren Werbung könnten wir uns eine Zusammenarbeit mit dem Kulturamt bzw. der Stadt Aachen vorstellen. Es ließe sich noch viel Weiteres nennen – Zusammenarbeit mit der RWTH, der Handelskammer, Rückgriff auf Ressourcen der angrenzenden Stadtviertel, Betriebsbesichtigungen, Feste und Feiern, Stadtführungen – aber ich belasse es hier erst einmal bei diesen Stichworten.